



LANDKREIS ROTENBURG (WÜMME)
DER LANDRAT

Niederschrift
- öffentlicher Teil -

über die
9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Hoch- und Tiefbau
am 31.05.2013
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg.e Renate Bassen

Abg. Wilfried Behrens

Abg. Jürgen Borngräber

Vertretung für Abg. Thomas Lauber

Abg. Heinz-Friedrich Carstens

Abg. Lothar Cordts

Abg.e Angelika Dorsch

Abg. Hans-Hermann Engelken

Abg. Erich Gajdzik

Vertretung für Abg. Hans-Joachim Jaap

Abg. Heinz-Dieter Gebers

Vertretung für Abg. Reinhard Lindenberg

Abg.e Marianne Knabbe

Abg. Helmut Ringe

Vertretung für Abg. Henning Fricke

Abg. Reinhard Trau

Abg. Heinrich Willenbrock

Mitglieder mit beratender Stimme

Abg. Manfred Dammann

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühning

BOR Gert Engelhardt

VA Christina Bonke

BAR Manfred Dasenbrock

Dipl.-Ing. Günter Fresen

Dipl.-Ing. Joachim Knüppel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Henning Fricke

Abg. Hans-Joachim Jaap

Abg. Thomas Lauber

Abg. Reinhard Lindenberg

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses für Hoch- und Tiefbau vom 01.03.2013
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Bericht zum Energiemanagement
- 6 Antrag der SPD-Grünen-WFB-Gruppe vom 25.02.2013: Fahrbahnmarkierungen auf Kreisstraßen innerhalb geschlossener Ortschaften
- 7 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende **Abg.e Dorsch** eröffnet die Sitzung um 9:32 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses für Hoch- und Tiefbau vom 01.03.2013**

Die Niederschrift über die 8. Sitzung vom 01.03.2013 wird mit 5 Enthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	5

Erster KR Dr. Lühring berichtet, dass der 1. Spatenstich für den nächsten Bauabschnitt der Umgehung von Minstedt erfolgt sei. Er erläutert den zeitlichen Ablauf der geplanten 4 Bauabschnitte anhand einer projizierten Karte. Die Baumaßnahme soll 2014 abgeschlossen werden. Die Finanzierung erfolgt zu ca. 4,4 Mio € aus GVFG-Mitteln und zu 1,3 bis 1,4 Mio € durch LK ROW und Stadt BRV.

Weiterhin spricht er eine Einladung der Gemeinde Hamersen für kommenden Sonntag an. Die Gemeinde möchte mit dieser Einladung die Fertigstellung der Ortsdurchfahrt Hamersen sowie des Radweges zwischen Hamersen und Sothel im Zuge der Kreisstraße 219 mit allen Beteiligten und den Bürgern feiern.

Anlass des Ausbaues war die Ausweisung dieser Kreisstraße als Bedarfsumleitungsstrecke für die BAB A1, wodurch der Bund neben dem Landkreis und der Gemeinde mit einem erheblichen Kostenanteil an der Gesamtfinanzierung beteiligt ist.

Erster KR Dr. Lühring erläutert anlässlich einer Anfrage des **Abg. Wölbern** die Baumpflegearbeiten an den Kreisstraßen. Er führt aus, dass der LK ROW als Straßenbaulastträger für Sichten und Totholzentrückung des Straßenbegleitgrüns zuständig sei. Die erforderlichen Arbeiten seien in einem Merkblatt des Straßenwesens zusammengefasst und werden in Abstimmung mit der Naturschutzbehörde ausgeführt. Neben eigenen Mitarbeitern kämen Fremdfirmen zum Einsatz. Die zu bearbeitenden Bäume werden einzeln gekennzeichnet. Der verhältnismäßig starke Rückschnitt der Bäume sei dem umfangreichen Streckennetz und dem Turnus von 3-5 Jahren geschuldet. Von Seiten der Abgeordneten wird eine bessere Auswahl an Gehölzen angeregt. Vor allem sollten tiefwurzelnde Bäume Verwendung finden, damit die Fahrbahnen der Radwege nicht hochgedrückt werden. BOR Engelhardt weist darauf hin, dass die Fachbehörde standortgerechte Flachwurzler wünsche.

Erster KR Dr. Lühring spricht nochmals die Entsorgung der Nachtspeicheröfen aus Jeersdorf an. Er zeigt auf, dass von den in den Haushalt eingestellten 173.000.- € nur ca. 92.000.- € für die Entsorgung ausgegeben werden müssen. Die Maßnahme sei nach Prüfung der Schlussrechnung beendet und der Eigentümer werde ein Kostenbescheid in der Höhe von ca. 100.000.- € erhalten.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht zum Energiemanagement**

Dipl.-Ing. Knüppel trägt den Bericht zum Energiemanagement 2012 vor (Präsentation siehe Session). Er erläutert, dass gegenüber 2011 sich die Anzahl der Verwaltungsgebäude durch Aufgabe von 2 Jobcenter-Standorten in der Innenstadt mit Übernahme der Arbeitsplätze in den Weicheler Damm von 33 auf 31 verringert hat.

Die Erwartungen bezüglich des Energieverbrauchs und der prognostizierten Einsparungen haben sich im Großen und Ganzen erfüllt.

Es sei erkennbar, dass die Verbrauchskosten an Heizenergie trotz gestiegener Energiepreise gesenkt werden konnten. Die Kosten für Stromversorgung würden steigen und Wasserkosten blieben weitgehend konstant.

Auch für zukünftige Maßnahmen wird die Energieeffizienz das entscheidende Kriterium sein. Als Beispiel benennt **Dipl.-Ing. Knüppel** die BBS Rotenburg. Nachdem das Haupthaus und die Sporthalle bereits überarbeitet wurden, werde auch für die Werkstätten der BBS ein Konzept entwickelt.

Abg. Trau fragt, ob es einen Abnehmer für die Wärme der Thermosolaranlage der Sporthalle gäbe.

Dipl.-Ing. Knüppel benennt die benachbarte Jugendherberge, die die Sporthalle in den Sommerferien nutzt.

Abg. Gajdzik fragt, ob bei solchen Konzepten auch die Amortisationszeiten für den Kapitaleinsatz ermittelt werden.

VA Bonke erinnert an die Heizungsanlage der FÖS Rotenburg. Es sei derzeit die Wirtschaftlichkeit einer Holzhackschnitzelheizung zu einer konventionellen Heizung über die gesamte Lebensdauer ermittelt worden. Da das Ergebnis gleich ausfiel, habe man sich für die neuere, umweltfreundlichere Technologie entschieden.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Grünen-WFB-Gruppe vom 25.02.2013:
Fahrbahnmarkierungen auf Kreisstraßen innerhalb geschlossener Ortschaften**

Abg. Behrens trägt als Unterzeichner des Antrages nochmals den Sachverhalt vor und erläutert das Problem der fehlenden Fahrbahnmarkierungen innerhalb geschlossener Ortschaften anhand von Beispielen. Er führt aus, dass der Fahrbahnrand wegen der Unübersichtlichkeit bei fehlender Markierung, besonders in Kurvenlagen und bei Dunkelheit, oft nicht erkannt und überfahren werde. Da in vielen Bereichen auch kein Hochbord vorhanden sei, wird zudem eine erhöhte Unfallgefahr für Radfahrer und Fußgänger gesehen.

Aus einem Schreiben der Polizeiinspektion Rotenburg vom 22.05.13, das als Tischvorlage durch die Verwaltung verteilt wurde, geht hervor, dass der in der „Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RAST 06)“ vorgesehene Verzicht auf Fahrbahnmarkierungen die Fahrer wegen der schlechteren Orientierungsmöglichkeit deutlich langsamer fahren lasse. In der Sitzung der Unfallkommission am 4. April 2013 wurde empfohlen, dass der Verzicht auf Fahrbahnmarkierungen in den Ortschaften beibehalten werden sollte. Im Rahmen der Verkehrsunfallaufnahme ist kein Fall bekannt geworden, bei dem eine fehlende Markierung ursächlich für den Verkehrsunfall gewesen sei.

In der folgenden, angeregten Diskussion mit allgemeiner Beteiligung wurde festgestellt, dass die (Orts-) Bürgermeister (-innen) intensiver beteiligt und angehört werden sollen. Eine Ablehnung einer Markierung solle nicht allein aufgrund der Richtlinie erfolgen. Es solle der Einzelfall betrachtet werden und die Richtlinie aber in der Regel Anwendung finden.

Der Beschlussantrag wird um folgenden Satz ergänzt:

..... Bei einem Dissens zwischen Bürgermeister (-in) und Landrat soll eine Beratung im Ausschuss erfolgen.

Der Ausschuss stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Anfragen**

Abg.e Bassen fragt, ob der Radweg an der K 211 in den Haushaltsplan 2014 aufgenommen werde.

Erster KR Dr. Lühring verneint dies im Hinblick auf die fehlende GVFG-Finanzierung. Die Reihenfolge der Maßnahmen ergebe sich aus der GVFG-Liste. Die Kosten für 1 Kilometer Radweg betragen ca. 180.000.-€ zuzüglich der Bauunterhaltungskosten in den Folgejahren. Die Zuschüsse seien in der Summe begrenzt. In der Regel werde pro Landkreis 1 Maßnahme pro Jahr bezuschusst. Falls eine Änderung der Reihenfolge erfolgen solle, müsse dieses in den entsprechenden Gremien beschlossen werden.

Abg.e Bassen schlägt vor, wenigstens den Grunderwerb zu tätigen.

Abg.e Bassen verlässt die Sitzung um 11:00 Uhr.

(Dorsch)
Vorsitzende

(Dr. Lühring)
Erster Kreisrat

(Dasenbrock)
Protokollführer